



Niederschrift

26. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.06.2006
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE. PDS, KWG	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE. PDS	Sitzungsleitung
Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Herr Kirsch, Wolfhard	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	anwesend ab TOP 2 (18:10 Uhr)
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab TOP 3 (18:20 Uhr)
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Grünberg, Kai	Die Andere	
Herr Becker, Hans	BV	
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	
Herr Mannhöfer, Burghard	DIE LINKE. PDS	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Herr Rietz, Klaus	CDU	
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE. PDS	
Herr Walter, Andreas	BürgerBündnis/FDP	
Herr Witschak, Jirka	SPD	

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Przybilski, Helmut	SPD	entschuldigt
Herr Henning, Tino	DIE LINKE. PDS	nicht anwesend
Herr Siebenhaar, Horst	Seniorenbeirat	entschuldigt
Frau Tietz, Kathrin	CDU	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokoll vom 18.05.2006

- 2 Mitteilungen der Verwaltung

- 3 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt
Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003
Vorlage: 06/SVV/0391
FB Grün- und Verkehrsflächen
- Wiedervorlage –

- 4 Verkehrsflussmanagement für das Straßenhauptnetz
Vorlage: 06/SVV/0427
Fraktion DIE LINKE. PDS

- 5 Ausrüstung der Kreuzungen mit Spiegelsystem gegen der toten Winkel
Vorlage: 06/SVV/0474
Fraktion SPD

- 6 Straßenreinigungssatzung 2007
Vorlage: 06/SVV/0507
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 7 Straßenreinigungsgebührensatzung 2007 ohne Grundgebühr
Vorlage: 06/SVV/0508
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Jäkel.

Zu Beginn der Sitzung sind 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jäkel weist auf die als Tischvorlage ausgereichte Nachtragstagesordnung hin. Diese war erforderlich, dass die Tagesordnung für den OUL-Ausschuss vorbehaltlich der Überweisungen aus der StVV erstellt und versandt wurde.

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 6 und 7 schlägt er vor, diese heute in erster Lesung zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

Der aktualisierten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 1.3 **Bestätigung des Protokoll vom 18.05.2006**

Herr Lehmann bittet um schriftliche Antwort zu seiner Frage bezüglich der Außendienstkontrollen im Musikerviertel in der letzten Sitzung.

Herr Dr. Grittner macht darauf aufmerksam, dass es auf S. 14 des Protokolls richtig 80.000 Einwohner heißen muss, nicht 800.000 Einwohner.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem korrigierten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Potsdamer Gesundheitsgarten mit „Tour der Hoffnung“

Frau Müller informiert, dass zum Ende der diesjährigen Sommerferien die Potsdamer Gesundheitsakteure, Bildungsträger, soziale und Sportliche Institutionen zusammen mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld im BUGA-Volkspark erstmalig den „Potsdamer Gesundheitsgarten“ planen.

Den Höhepunkt der gesamten Aktion bildet ohne Zweifel das Eintreffen von 200 prominenten Sportlern, Künstlern, Politikern, Ärzten aus der gesamten Bundesrepublik, die auf ihrer „Tour der Hoffnung“ für krebskranke Kinder nach dem Jahre 2000 am 11.08.2006 zum zweiten Mal durch die Landeshauptstadt Potsdam radeln und gegen 18:00 Uhr auf dem BUGA-Gelände ankommen.

Außendiensttätigkeit im Musikerviertel

Herr Schiemann informiert, dass regelmäßige Kontrollen durch AG Außendienst (letzte Kontrolle in der 20. und 24. KW) durchgeführt werden. Der Gesamtzustand wird als sauber eingeschätzt. Die Anliegerpflichten werden meist erfüllt, das Schnittgerinne wurde bereits protokolliert.

Einzelne Schwerpunkte sind in Bearbeitung (In der Aue 1 und 44). Für das hochgewachsene Straßengrün ist der Bereich Grünflächen (472) zuständig, eine entsprechende Abstimmung zwischen 3211 und 472 ist erfolgt, die Grünflächen werden in den nächsten zwei Wochen gemäht

Er macht deutlich, dass das Musikerviertel kein Schwerpunktbereich ist und weiter im regelmäßigen Turnus bestreift wird.

Herr Lehmann bittet, dies so in das Protokoll aufzunehmen.

Er macht deutlich, dass im Musikerviertel durch einen großen Teil der Anwohner insbesondere im Winter nicht den Anwohnerpflichten nachgekommen wurde.

Herr Kirsch fragt nach der Möglichkeit der Ersatzvornahme.

Herr Schiemann erklärt, dass dies möglich ist. Generell wird vorher das Gespräch mit dem Eigentümer geführt.

Frau Kluge ergänzt, dass eine Ersatzvornahme nur im Rahmen einer Gefahrenabwehr zulässig ist. In der Regel kann bei Schmutz nicht von einer Gefahr ausgegangen werden. Bei Glätte hingegen schon.

Unkraut Mitschurinstraße

Herr Schiemann informiert, dass der Zustand durch den Außendienst dokumentiert wurde.

Das Gebäude gehört dem Kommunalen Immobilien Service KIS). Eine Absprache mit Frau Ungemach (KIS) hat ergeben, dass dieser eine Fremdfirma mit der Reinigung beauftragt hat. Die Reinigung sollte bis zum 15.06.2006 erfolgen. Der Außendienst wird eine entsprechende Nachkontrolle durchführen.

Herr Rietz bittet, in einer der nächsten Sitzungen in die Tagesordnung eine generelle Verständigung zum Umgang mit derart ungepflegten Grundstücken zu beraten.

zu 3 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003 Vorlage: 06/SVV/0391

Herr Jäkel begründet kurz, warum diese Drucksache erneut in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Herr Lehmann macht deutlich, dass ein Betrag entrichtet werden muss. Er bittet, hierzu den Auszug des Protokolls der Bauausschusssitzung zu übernehmen.

Folgende Anträge wurde im Bauausschuss eingebracht:

„Herr Jäkel bringt den Änderungsantrag für die Fraktion DIE LINKE.PDS ein und begründet diesen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der § 1 Beitragstatbestand wird wie folgt geändert:

Die Punkte

- 1. Verbesserung des Geh- und Radweges in der Potsdamer Straße im Abschnitt von Amundsenstraße bis Rückertstraße*
- und*
- 6. Verbesserung der Florastraße im Abschnitt von Potsdamer Straße bis Hügelweg*

werden gestrichen.

Frau Hüneke bringt den Änderungs-/Ergänzungsantrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet diesen:

§ 3 (1)

Beitragspflichtig ist derjenige, ..., und dem vor Beginn der Baumaßnahme Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist.

Herr Cornelius bringt zusätzlich folgenden Änderungsantrag für die CDU-Fraktion ein und begründet diesen ebenfalls:

Wegen der Nicht-Umsetzung des B-Planes 13 sollen die Kosten für die Parkbuchten aus der Umlage heraus genommen werden.

(Eine geeignete Stelle zur Einordnung ist durch die Verwaltung zu finden.)“

Herr Schenke erklärt, dass Kontakt mit dem Landesamt für Straßenwesen aufgenommen wird. In der nächsten Sitzung wird über das Ergebnis der Prüfung informiert. Die Drucksache wird dann entsprechend überarbeitet.

Herr Mühlberg bittet die Verwaltung, einen Vorschlag zu unterbreiten, bei dem die Bürger, die nicht angehört wurden, angemessen herangezogen werden.

Herr Kirsch bittet um die Auflistung der finanziellen Auswirkungen.

Herr Jäkel hält es für angemessen, wenn man hier nach einem möglichen Weg suchen würde.

Herr Rietz macht deutlich, dass die Bürger auch erkennen sollen, dass die Verwaltung ihnen hier entgegenkommt.

Herr Kirsch bittet um Auflistung auch dessen, was noch offen ist oder auch was zurückzuzahlen ist.

**zu 4 Verkehrsflussmanagement für das Straßennetz
Vorlage: 06/SVV/0427**

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet diesen.
Er modifiziert den Antrag wie folgt:

3. Satz: „Planbare Eingriffe in den Straßenraum im Hauptnetz mit vorhersehbaren *erheblichen* Verkehrseinschränkungen sind vor Maßnahmebeginn *als Mitteilung der Verwaltung* im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vorzustellen.“

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass für den Verkehrsfluss die Straßenverkehrsbehörde zuständig ist und somit der OUL-Ausschuss.
Sollte die Baumaßnahme als solche beraten werden, liegt die Zuständigkeit beim SB-Ausschuss.

Herr Lehmann macht darauf aufmerksam, dass der OUL-Ausschuss nur einmal monatlich tagt. Hier wäre dann die Information nicht rechtzeitig.

Frau Müller macht deutlich, dass die Verwaltung sehr daran interessiert ist, den Verkehrsfluss aufrecht zu halten.
Grundsätzlich ist aber auch für die Zukunft nicht auszuschließen, dass es bei Vorliegen von erheblichen Gefährdungspotenzialen zu Beeinflussungen kommen kann.
Der Schutz der Verkehrsteilnehmer muss absoluten Vorrang haben.

Herr Arndt hält die Information im Ausschuss für entbehrlich. Die Information der Bürger ist viel wichtiger.

Herr Schrewe weist auf die bereits vorhandenen Internetinformationen hin, die weiter ausgebaut werden. Die Verwaltung hat aber auch die Erfahrung gemacht, dass diese Informationen oft nicht wahrgenommen werden.

Herr Kirsch macht deutlich, dass dieser Antrag aus seiner Sicht entbehrlich ist. Er kann diesem Antrag nicht zustimmen.

Frau Dr. Lotz hält den Antrag für überflüssig, da die Verwaltung ihre Baumaßnahmen ankündigt. Sie kann dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Jäkel hält hier eine Information der Verwaltung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen für sinnvoll, da dieser 14tägig tagt.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Voraussetzungen für die Sicherung des Verkehrsflusses im Straßenhauptnetz zu schaffen.

Die für baustellenbedingt gesperrte Straßen ausgewiesenen Umleitungsstrecken sind für die Zeitdauer der Umleitung von weiteren Verkehrseinschränkungen freizuhalten.

Planbare Eingriffe in den Straßenraum im Hauptnetz mit vorhersehbaren erheblichen Verkehrseinschränkungen sind vor Maßnahmebeginn als Mitteilung der Verwaltung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 2

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 5 Ausrüstung der Kreuzungen mit Spiegelsystem gegen der toten Winkel
Vorlage: 06/SVV/0474**

Herr Lehmann bittet um Auskunft der Verwaltung, ob die ausgewiesene Kostengröße so zutrifft. Welche finanziellen Auswirkungen kommen auf die Stadt zu?

Frau Müller macht deutlich, dass der Geschäftsbereich 4 mitgeteilt hat, dass zum heutigen Zeitpunkt diese Spiegel bisher nicht im Land Brandenburg angebracht wurden.

Derzeit werden die Erfahrungen der Stadt Luzern geprüft.

Sie bittet, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln, um dann im Oktober 2006 zu berichten.

Herr Kapuste spricht sich für den Prüfauftrag aus. Dem ersten Absatz kann er so nicht zustimmen.

Herr Kirsch nimmt den Vorschlag der Verwaltung auf, den Antrag in einen Prüfauftrag mit Bericht Oktober 2006 umzuwandeln.

Geänderter Beschlusstext:

Die Landeshauptstadt Potsdam prüft die Möglichkeit der sukzessiven Ausrüstung ihrer Kreuzungen mit dem sogenannten Trixi-Spiegel oder einem ähnlichen System, welches es Fahrzeugführern ermöglicht, Personen, die sich in den Totwinkel-Bereichen vor oder rechts neben dem Fahrzeug aufhalten, zu erkennen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich in der Potsdamer Partnerstadt Luzern über die positiven Erfahrungen mit diesem System kundig zu machen.

Auf der Grundlage der Erfahrungen von Luzern wird der Oberbürgermeister beauftragt, vorab eine Stellungnahme des brandenburgischen Innenministeriums zur Nutzung eines solchen Systems einzuholen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Oktober 2006 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 6

Straßenreinigungssatzung 2007
Vorlage: 06/SVV/0507

Frau Kluge bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass jetzt die Friedrich-Ebert-Straße im Abschnitt vom Nauener Tor bis zur Charlottenstraße der Brandenburger Straße gleichgestellt ist und somit sechsmal wöchentlich gereinigt wird.

Herr Lehmann stellt folgenden **Antrag**:

Die Straße In der Aue soll von der Steinstraße bis zum Tschaikowskiweg wieder in die Straßenreinigung RK 5K und Winterreinigung in die RK 2 aufgenommen werden.

Herr Rietz weist darauf hin, dass im § 4 die Absätze 2 und 3 widersprüchlich sind. Durch die Anlieger sind sicher die Gehwege und nicht die Straße zu streuen und zu beräumen ist.

Frau Kluge erklärt, dass der Abs. 2 die generelle Erklärung beinhaltet. In den weiteren Absätzen sind konkrete Festlegungen getroffen.

Frau Müller lässt dies prüfen und wird zur zweiten Lesung berichten.

Herr Kirsch fragt, wie die Frontmeter berechnet werden.

Frau Kluge erklärt, dass für die Berechnung der Frontmeter die Unterlagen der EWP genutzt werden, die im Ergebnis der Überfliegung erstellt wurden. Die Grundstückseigentümer wurden jetzt alle angeschrieben, um die Angaben nochmals zu prüfen und sich zurückzumelden.

Herr Dörschel spricht die Verwendung von Streusalz an. Gibt es Möglichkeiten des Eingriffs, wenn z.B. übermäßig gestreut wird?

Frau Kluge erklärt, dass im Winter bei Glatteis massiv Kontrollen durchgeführt werden. Hier darf aber das Salz verwendet werden.

Herr Jäkel macht deutlich, dass die vorliegende Straßenreinigungssatzung eine gute Grundlage ist. Er spricht sich dafür aus, so viele Straßen wie möglich in die Straßenreinigung einzubeziehen, da sich dieses möglicherweise auf die Reinigungskosten aller Potsdamer positiv auswirken könnte.

Herr Mühlberg bittet zu prüfen, ob der Winterdienst werktags von 7:00 Uhr statt von 6:00 Uhr zu erfolgen hat. Dies liegt seines Wissens nach im bundesweiten Trend und auch die Stadt räumt nicht so früh.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Karl-Liebknecht-Straße in unterschiedliche Reinigungsklassen geteilt werden kann.

Herr Becker betont, dass im § 3 Abs. 4 aufgenommen werden sollte, dass das anfallende Laub „ganzjährig“ entsorgt wird. Diesbezüglich gab es in der Vergangenheit das Problem, dass durch die STEP das Laub nicht mitgenommen wurde. Er spricht auch die Reinigung der Sommerwege an. Hier muss eine Regelung geschaffen werden.

Frau Kluge erklärt, dass der Berufsverkehr bereits vor 7:00 Uhr beginnt. Es gab bezüglich des Winterdienstes viele Beschwerden, daher hat man sich entschie-

den, die Räumspflicht ab 6:00 Uhr beizubehalten.
Sie macht auch bezüglich der K.-Liebknecht-Straße deutlich, dass eine vierwöchige Reinigung unrentabel ist. Eine wöchentliche Reinigung wäre hier wesentlich angebrachter und sinnvoller.
Eine Änderung der Reinigungsklassen ist aus ihrer Sicht sinnvoll.
Die Laubentsorgung kostet ca. 250.000 Euro jährlich. Hier hat die Stadt die Erfahrung gemacht, dass oft Laubsorten zur Entsorgung bereitlagen, die es in der betreffenden Straße nicht gibt.

Herr Kirsch stellt folgenden **Antrag**:

In der Karl-Liebknecht-Straße zwischen Schornsteinfegergasse und Schulstraße sowie in der R.-Breitscheid-Straße zwischen Daimlerstraße und Wattstraße ist der Reinigungszyklus zu verdoppeln.

Herr Rietz fragt nach der Möglichkeit, die Anwohner die Randstreifen selbst reinigen zu lassen.

Herr Scharlock weist auf die Flächen der Stadt hin.

zu 7 Straßenreinigungsgebührensatzung 2007 ohne Grundgebühr
Vorlage: 06/SVV/0508

Frau Kluge bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Rietz führt aus, dass nach seiner Rechtsauffassung beim Winterdienst nur der Anteil auf die Anlieger umgelegt werden darf, der nicht auf das Allgemeinwohl entfällt. Dies sind deutlich weniger als 75 %.

Frau Kluge betont, dass Straßenreinigung und Winterdienst nicht zusammen umgelegt und kalkuliert werden.

zu 8 Sonstiges

Nächster Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft:

17. August 2006

18:00 Uhr

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Protokoll